

## Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 9. März 2015**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **42. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 16.36 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 41. Sitzung des Gemeinderates vom 2. Februar 2015  
liegt zur Einsichtnahme auf.

## **A n w e s e n d e**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Peter Koits

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Raimund Buttinger

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Werner Forstinger

Mag. Bernhard Humer

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

2. Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Christa Raggl-Mühlberger

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herdt

Mag. Georg Parzmayr

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Heinrich Taitl

Heribert Helm

Dietmar Marehard

Manfred Wiesinger

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

3. Vizebürgermeister Peter Lehner

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Walter Zaunmüller

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

Brigitte Wartinger

Markus Wiesinger

Stefan Haböck

Andreas Weidinger

Augustine Hacker

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

### **Vom Magistrat:**

MD MMag. Dr. Renate Kamleithner  
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schriftführer:**

W.OAR. Inge Maderthaner  
Helga Rosenberger

### **Entschuldigt:**

GR. Egon Schatzmann  
GR. Herbert Pernkopf

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 26.02.2015 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bgm. Dr. Koits gratuliert Herrn GR. Heribert Helm zu seinem heutigen Geburtstag. (Applaus!)

Anfrage an Bgm. Dr. Koits von Vzbgm. Peter Lehner gemäß § 10 GOGR betreffend Image- bzw. Werbekampagne „Unser Wels – eine Stadt zeigt Charakter“  
DI-Verf-068-2015

Bgm. Dr. Koits: Vzbgm. Lehner hat folgende Anfrage an mich gerichtet:

Die Stadt Wels hat offenbar eine neue Image- bzw. Werbekampagne unter dem Titel „Unser Wels – eine Stadt zeigt Charakter“ in Auftrag gegeben. Mit diversen Kampagnensujets wird bereits über verschiedene Kommunikationskanäle geworben.

Dazu ergeben sich folgende Fragen:

- Welche Budgetsumme wurde für die Kampagne veranschlagt?
- Wurde das Budget vom Abteilungsleiter beantragt bzw. unterfertigt?
- Gab es eine Ausschreibung der Kampagne oder fand eine freihändige Vergabe statt?
- Welche Agenturen haben Ideen und Konzepte für eine alternative Umsetzung gelegt?
- Wer hat die Kampagne in Auftrag gegeben?
- Aus welcher Budgetposition wurden die Kosten für die Kampagne bedeckt?
- In welchem Gremium bzw. in welchen Gremien wurden Budget, Vergabe und Beauftragung besprochen?

Aufgrund des Umfangs der Anfrage wird der Bürgermeister diese schriftlich beantworten.

## Mitteilungen des Bürgermeisters

### Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, ÖVP- und FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Errichtung eines Atommüllendlagers DI-Verf-326-2014

Das Präsidium des Landes Oberösterreich hat schriftlich geantwortet, dass die konkret angesprochenen Maßnahmen bzw. Forderungen vorrangig in die Zuständigkeit des Bundes fallen und auf eine Stellungnahme von Bundeskanzler Werner Faymann verwiesen. Das Land Oberösterreich wird den Anti-Atom-Kurs konsequent und verstärkt fortsetzen, um auch bei den nördlichen Nachbarn Tschechien und Slowakei eine nachhaltige Kursänderung zu erreichen.

Ich darf Herrn MDStv. SenR. Dr. Spitzer ersuchen zu veranlassen, dass wir die zu diesem Thema erhaltenen Antworten zusammengefasst den Fraktionen zur Verfügung stellen, damit wir diese nicht immer im Gemeinderat verlesen müssen.

## Aktuelle Stunde

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion hat das Thema „Verkehrssituation im Kreuzungsbereich Wallerer Straße / B 137“ bekanntgegeben.

GR. Schönberger: Die SPÖ meldete die Aktuelle Stunde, weil die aktuelle Verkehrssituation im Kreuzungsbereich Waller Straße / B 137 brisanter ist, als ursprünglich angenommen. Dies betrifft nicht nur die Bewohner der Wallerer Straße, sondern auch die Bewohner der Ortschaft Roithen, für die das Einfahren zu den Stoßzeiten in die Wallerer Straße sehr schwierig ist. Wir stellten fest, dass die Bewohner auch über das Projekt Sonnenpark und die dort stattfindenden Aktivitäten schlecht unterrichtet waren und sehr große Informationsdefizite bestanden. Deswegen fand in der vergangenen Woche eine Informationsveranstaltung für die BürgerInnen der Wallerer Straße statt. Diese war sehr spannend mit einer sehr kontraversiellen Diskussion. Als zentraler Fokus ergab sich, dass die Leute Angst vor mehr entstehendem Verkehr haben, der über die Wallerer Straße nicht abwickelbar sein wird. Für das Einfahren in die B 137 mit noch mehr Fahrzeugen, speziell in den Morgenstunden, zeichnet sich momentan noch keine Lösung ab.

In eine der letzten Gemeinderatsitzungen forderten wir mit dem Projekt Parkhaus ebenfalls ein Verkehrskonzept bis zur Oberfeldstraße. Es wäre wichtig für uns, dieses Verkehrskonzept nicht nur bis zur Oberfeldstraße zu erstellen, sondern die einfließenden Straßen, Grieskirchner Straße, Wallerer Straße, B 137 einzubeziehen, um dort in Zukunft vernünftige Verkehrsabläufe herzustellen und vor allem um sicherzustellen, dass die bereits jetzt dort wohnenden oder die in absehbarer Zukunft dort wohnenden Menschen einigermaßen sichere Schul- und Arbeitswege vorfinden werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, weil es offensichtlich immer in die falschen Kehlen kam oder falsch interpretiert wurde, dass wir natürlich als SPÖ-Fraktion

verlangten, als wir dem Projekt Sonnenpark zustimmten, eine moralische Verpflichtung dafür zu haben. Diese moralische Verpflichtung fordere ich jetzt ein, hier wirklich alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den dortigen Bewohnern relativ kurzfristig verbindliche Lösungen zusagen zu können. Mir ist schon bewusst, dass wir nicht 5 Mio. Euro für eine Unterführung oder sonst etwas sofort in die Hand nehmen können. Aber es gibt natürlich schon einige Maßnahmen, wo auch die Bewohner durchaus sehen, dass diese kurzfristig etwas bringen würden und relativ rasch umgesetzt werden könnten. Beispielsweise Radarkästen an der B 137, eine Tempoüberwachung in der Senke der Wallerer Straße stadteinwärts, dort wo extrem beschleunigt wird und dort wo z.B. kein Gehsteig mehr vorhanden ist. Solche Dinge könnten relativ rasch umgesetzt werden. Es könnte auch über Abbiege- und Einfahrtsverbote nachgedacht werden. Nichtsdestotrotz müssen wir, um für die Zukunft die Verkehrsflüsse vom Norden her vernünftig abzuwickeln, ein Verkehrskonzept haben, welches im Norden beginnt und bis zum Bahnhof reichen muss. Dieses ist zu beauftragen. Bis Mitte des Jahres ist ein Zwischenbericht zu geben.

GR. Mag. Mayerhofer: Wir haben bereits in der letzten Gemeinderatsitzung einen Antrag behandelt, der genau die Thematik Verkehrssituation Kreuzungsbereich Wallerer Straße / B 137 umfasste und eine Lösung forderte. Wir GRÜNEN haben diesen Antrag ergänzt um die Forderung der BürgerInnenbeteiligung, denn uns ist es ganz wichtig zu betonen, dass hier nur eine Lösung gemeinsam mit den AnrainerInnen erarbeitet werden kann. Es sind die BürgerInnen, die zu ExpertInnen der Lösung werden müssen. D.h. es geht nicht darum den BürgerInnen Lösungen zusagen zu können, sondern es muss darum gehen gemeinsam mit den vor Ort lebenden Menschen eine Lösung zu erarbeiten. Wie kann so ein Prozess aussehen?

Da gibt es das Modell des BürgerInnenrates, welches schon seit über 15 Jahren erprobt ist. Bei diesem Modell werden Menschen per Zufallsauswahl eingeladen mitzuwirken, an einer Lösung zu arbeiten, sich eineinhalb Tage Zeit zu nehmen gemeinsam zu beraten unter professioneller Begleitung. Das ist für diesen Prozess ganz wichtig – unter Beiziehung von ExpertInnen. Aber diese dominieren nicht den Prozess. Der Prozess wird von den BürgerInnen bestimmt und diese arbeiten an einer Lösung, sodass am Ende ein BürgerInnengutachten herauskommt, das in den Planungsprozess maßgeblich miteinbezogen werden kann und zu einer Lösung führt, die eine große Mehrheit findet.

Es geht wirklich um die Erarbeitung einer Lösung und nicht eines Trostpflasters, wie es beispielsweise eine Radarüberwachung darstellt. Denn diese vermindert das Verkehrsaufkommen nicht. Verkehr erzeugt Lärm und der Lärm ist gerade in dieser Gegend ein ganz wesentliches Problem.

Uns geht es darum die BürgerInnen tatsächlich zu beteiligen, sie nicht zu befragen, die Vorgehensweise nicht mit ihnen abzustimmen, sondern diese gemeinsam mit ihnen zu erarbeiten. Das möchte ich hier ganz besonders betonen, denn es geht darum einen Paradigmenwechsel in der Projektentwicklung zu erreichen. Es soll ein ergebnisoffener Prozess sein, der von allen gemeinsam getragen wird. Das ist wichtig gerade auch unter dem Aspekt der Stadtentwicklung, die wir künftig vorstellen und umsetzen wollen.

StR. Kroiß: Die Verkehrsprobleme auf der Kreuzung Wallerer Straße / B 137 wurden in der letzten Gemeinderatsitzung ausführlich diskutiert. Es wurde auch beschlossen, dass hier mit BürgerInnenbeteiligung an einer Verkehrslösung gearbeitet wird. Diese

BürgerInnenbeteiligung findet bereits statt. Für mich bedeutet BürgerInnenbeteiligung, dass hier nicht nur BürgerInnen in die Lösungssuche aktiv einbezogen werden, sondern dass auch die Parteien aufgerufen sind, hier wirklich gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten. Bei diesen Gesprächen machte ich die Erfahrung, dass es den Anrainern und Bewohnern nicht nur um die Kreuzung Wallerer Straße / B 137 geht, sondern dass sie die ihrer Meinung nach mangelnde Informationspolitik seitens der Stadt Wels zu verschiedensten Projekten kritisieren – sprich das Thema Sonnenpark, aber auch das Örtliche Entwicklungskonzept.

Daher wäre mein Weg gewesen, dass alle vier Fraktionen zu einer gemeinsamen Informationsveranstaltung einladen, damit wir bei einer Veranstaltung die Anrainer umfassend informieren welche Möglichkeiten es gibt. Natürlich müssen hier die Fachleute Lösungen ausarbeiten. Deswegen gab es Gespräche mit dem Herrn Bürgermeister und mit Vzbgm. Lehner, um einen gemeinsamen Termin zu finden, wobei ich von Vzbgm. Lehner bereits die Zusage erhielt. Auch der Herr Bürgermeister hat diese Vorgangsweise codiert. Darum, lieber Kollege Schönberger, ich verstehe zwar im heurigen Wahljahr, dass jede Fraktion versucht hier eigene Veranstaltungen abzuhalten. Ich glaube aber, dass dies nicht das Wohlwollen der Anrainer findet. Ich erhielt die Rückmeldung, dass die Anrainer eher verärgert waren als informiert und diese glauben, dass die Veranstaltung aus wahltaktischen Gründen stattfand. Das sollten wir auf alle Fälle vermeiden. Wir müssen hier wirklich die Sorgen, die Ängste und die Befürchtungen der Anrainer wahrnehmen. Lieber Karl, wenn du das von Anfang an gemacht hättest, hätten wir gemeinsam einen Veranstaltungstermin gefunden.

Natürlich sollen auch die dortigen Bewohner miteinbezogen werden. Es geht hier nicht nur um die Wallerer Straße. Es geht auch um die Bewohner der Ortschaft Roithen, denen speziell das Linksabbiegen zu den Stoßzeiten sehr erschwert ist. Natürlich müssen wir auch die B 137, die Grieskirchner Straße und die Wallerer Straße miteinbeziehen. Denn eines ist klar – wo wir Verkehr wegnehmen kommt Verkehr dazu. Das müssen wir in diesem ganzen Kontext sehen. Die Fachleute arbeiten bereits daran. In der nächsten Gemeinderatsitzung im April wird darüber berichtet werden.

GR. Weidinger: Ich verstehe die Ängste und Sorgen der Anrainer auf der Wallerer Straße bzw. der Ortschaft Roithen, aber ich verstehe nicht die SPÖ-Fraktion mit der Aktuellen Stunde. Erinnern kann ich mich, dass wir im Verkehrsausschuss das Problem in der Wallerer Straße bereits zum Thema machten. In diesem wurde ausgiebig darüber diskutiert. Es wurden Vorschläge eingebracht. Manche Vorschläge sind aus Kostengründen nicht finanzierbar, manche sind in ihrer Durchführbarkeit einfach nicht machbar.

Jetzt hörten wir die Meinungen der GRÜNE-Fraktion, der SPÖ-Fraktion und der FPÖ-Fraktion. Uns geht es um die Anrainer. StR. Kroiß sagte es bereits: Das Schlechteste, das man tun hat können, machte die SPÖ-Fraktion. Nämlich einen Vorgriff die Anrainer einzuladen und so zu tun, als wären sie die Retter der Nation. Wir machten im Verkehrsausschuss aus ordentlich über dieses Thema zu diskutieren, ordentliche Vorschläge zu machen, die Anrainer einzubinden. Keine Partei soll hier einen Schnellschuss machen. Wir vereinbarten die Anrainer gemeinsam zu informieren, dass die Stadt Wels gemeinsam Lösungen finden kann, um den dortigen Anrainern die Ängste zu nehmen. Vzbgm. Lehner besprach dies mit dem Herrn Bürgermeister und StR. Kroiß. Auch die GRÜNEN wussten davon. Die ÖVP-Fraktion hielt sich daran, doch

leider Gottes die SPÖ-Fraktion nicht, indem sie vortritt und sagt „wir sind die Retter der Nation“ – so geht es eigentlich nicht!

Den Anrainern in der betroffenen Gegend möchte ich mitteilen, dass wir dieses Thema alle ernst nehmen. Wir wollen alle gemeinsam eine Lösung suchen. Dass diese nur gemeinsam mit den Anrainern gelingen kann, ist uns selbstverständlich klar. Deshalb bitte zurück an den Start! Machen wir uns nichts vor. Wir müssen gemeinsam dieses Problem lösen. Ich habe keine Patentlösung – aber zu sagen, wie Kollege Schönberger, irgendeine kurzfristige Lösung können wir schon machen – das kann nicht gelingen. Wir müssen mit dem Land Oberösterreich über eine Lösungsmöglichkeit sprechen. Ein Radargerät ist meiner Meinung nach kein gutes Instrument. Es wird das erschwerte Aus- und Einfahren in die Wallerer Straße nicht lösen können. Der ÖVP-Fraktion ist es wichtig, nochmals auf alle einzuwirken. Machen sie keine Alleingänge in dieser Sache. Im Wahlkampf ist es verführerisch die eigene Partei in den Vordergrund zu stellen. Aber dieses sensible Thema ist kein Wahlkampfthema.

GR. Schönberger: StR. Kroiß – es ist schön bei der nächsten Bürgerversammlung, zu der gemeinsam vom Magistrat Wels eingeladen wird, schon ein paar Fakten auf den Tisch legen zu können. Genau das wollen die Leute sehen. Die Krokodilstränen von der ÖVP kann ich nicht nachvollziehen. Eine der größten Kritiker ist ihre Landtagsabgeordnete und ihr bringt es nicht einmal zusammen untereinander zu reden, so wie es aussieht – geschweige denn mit den Bürgern. Das sind wirklich Krokodilstränen und wahrer Wahlkampf.

Dass wir uns dieses Thema bereits auf die Fahnen hefteten bevor überhaupt das Projekt vorwärts ging, darüber müssen sie mit ihren Herrn Vzbgm. Lehner sprechen. Wir haben das Thema Bürger und Verkehr von Beginn an behandelt. Natürlich sind wir alle miteinander gefordert relativ rasch eine Lösung zu finden. Es gibt verschiedene Ansätze und Argumente. Es gibt kurzfristige, mittelfristige und langfristige Lösungen. Aber jetzt auf ein Konzept zu pochen, wo zuerst mit den Bürgern diskutiert wird, dann im Stadtsenat und Gemeinderat darüber zu diskutieren, wie wir es finanziell umsetzen können, vergeht über ein Jahr bis überhaupt irgendetwas passiert. Darum bin ich auch für kurzfristige Maßnahmen, die einen gewissen Lenkungseffekt oder zumindest einen Entschleunigungseffekt bringen und den Menschen Sicherheit geben können. Auf das haben wir zu achten und nicht auf irgendwelche Konzepte, die mit jedem besprochen werden, aber geschehen tut in der Zwischenzeit nichts.

Bgm. Dr. Koits: Danke für das Thema in der Aktuellen Stunde. Ich lege folgende weitere Vorgangsweise fest: Ich werde die Kollegen Peter Lehner und Gerhard Kroiß zu mir bitten, um einen gemeinsamen Termin zu finden. Die Fraktionen werden eingeladen, aber ich möchte, dass dies keine politischen Diskussionen werden, sondern dass tatsächlich der Bürger mit den verantwortlichen Referenten diskutieren kann. So wie wir es in der Noitzmühle, beim Thema Energiestadt Wels oder beim Masterplan Tierpark machten. Diese Vorgangsweise bewährte sich und soll beibehalten werden. Es liegen genügend Fakten auf dem Tisch. Aus denen können wir unsere Schlüsse ziehen und entsprechende Maßnahmen ableiten.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Beschluss der Statuten des Wirtschaftsparks Voralpenland  
DI-Verf-067-2015

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 1 beigelegten Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion zum Thema Wirtschaftspark Voralpenland.

Bgm. Dr. Koits: Zu diesem Dringlichkeitsantrag liegt mir ein Abänderungsantrag (Anlage 2) der SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion vor, der lautet:

- I. Der Beschlussantrag wird um folgenden Satz ergänzt: „Der Gemeinderat möge weiters beiliegendem Sideletter zur Satzung des Verbandes „Wirtschaftspark Voralpenland“ zustimmen.
  
- II. Die Beilage des Dringlichkeitsantrages „Satzung des Verbandes Wirtschaftspark Voralpenland“ möge wie folgt abgeändert werden:
  1. § 8 Abs. 3 lautet:  
Für Beschlüsse gemäß Abs. 2 lit. b, d, f, h, i, j und k gilt das Konsensquorum gemäß § 9 Abs. 4.
  2. § 9 Abs. 4 erster Satz wird ersetzt durch folgenden Satz: „Für einen Beschluss des Vorstands ist eine doppelte Mehrheit erforderlich: eine mit einfacher, nach Köpfen zu berechnenden Stimmenmehrheit und eine des Kommunalsteueraufkommens aus den Verbandsflächen.“
  3. § 17 letzter Satz lautet: „Das ausgetretene Mitglied hat nach den Grundsätzen der Aufteilung der Ausgaben und der Einnahmen des § 3 Anspruch auf eine Vermögensauseinandersetzung hinsichtlich der sich zu diesem Zeitpunkt im Verband befindlichen Betriebsansiedlungsgebieten der ausgetretenen Gemeinde.“

Begründung:

Der Dringlichkeitsantrag basiert auf einem Entwurf einer Satzung, der zwischenzeitig mit der Direktion Inneres und Kommunales des Landes Oberösterreich und der TMG mehrmals überarbeitet worden ist. Der Dringlichkeitsantrag gibt daher nicht den aktuellen Diskussionsstand wieder.

In dem Abänderungsantrag wurden nur mit dem Land und der TMG akkordierte Änderungen übernommen.

Begründung der Dringlichkeit:

Von den anderen Mitgliedsgemeinden wird eine Beschlussfassung der Stadt Wels dringend erwartet und eine Beschlussfassung ist für die Einrichtung des Wirtschaftsparks dringend erforderlich.

Bitte diesen Abänderungsantrag in die Beratungen mitaufzunehmen.

Dem Antrag (Anlage 1) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.



Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Erhöhung des Heizkostenzuschusses  
DI-Verf-070-2015

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 3 beigelegten Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Erhöhung des Heizkostenzuschusses.

Bgm. Dr. Koits: Zu diesem Antrag gibt es einen Abänderungsantrag (Anlage 4) der SPÖ- und FPÖ-Gemeinderatsfraktion, der lautet:

„1.) bleibt gleich.

2.) lautet neu wie folgt:

Die Stadt Wels wird beauftragt, gemeinsam mit dem Heizkostenzuschuss im Jahr 2015 einen Gebührenabfederungsbeitrag in Höhe von € 10,00 an die Bezieher der bedarfsorientierten Mindestsicherung auszubezahlen.“

Bitte diesen Abänderungsantrag in die Beratungen mitaufzunehmen.

Dem Antrag (Anlage 3) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Berichterstatter GR. Prof. Mag. Walter Teubl

1.)

vordringlicher Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Personalaufstockung in der Stabstelle Kontrolle und Revision  
DI-Verf-064-2015

GR. Prof. Mag. Teubl: Der Welldorado-Skandal hat in den letzten Wochen die Öffentlichkeit sehr heftig beschäftigt. Wir hielten in der letzten Gemeinderatsitzung dazu eine Aktuelle Stunde ab, in der wir dieses Thema sehr ausführlich besprachen. Seither hat sich noch einiges getan. Es fand am 10.02.2015 noch eine weitere Sitzung des Kontrollausschusses statt, in der der vorläufige Kontrollbericht endgültig diskutiert und genehmigt wurde. Am Tag darauf fand eine Pressekonferenz des Herrn Bürgermeisters und mir statt, in der wir die Öffentlichkeit über die Konsequenzen aus diesem Prüfbericht informierten. D.h. es ging vor allem darum, Empfehlungen im Kontrollausschuss zu beschließen, wie in Zukunft vermieden werden kann, dass solche Ereignisse noch einmal auf uns zukommen.

Sie haben sicherlich den Medien entnommen - die Schadenssumme erhöhte sich seit der letzten Gemeinderatsitzung auf 360.000 Euro. Das einerseits durch einen Rechenfehler, andererseits durch die Einbeziehung des Jahres 2009, für das zunächst

kein Ordner auffindbar war und dieser indirekt rekonstruiert werden musste. Aus diesen Ereignissen heraus wurden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen. U.a. haben Dienststellenleiter ihrer Kontrollpflicht unbedingt nachzukommen. Eine Einschulung auf die Kassensysteme hat stattzufinden, die auch beinhaltet, dass in jeder Dienststelle zumindest eine Person imstande ist tatsächlich alle Features dieser Kassensysteme zu bedienen. Es sind entsprechende Auswertungen vorzunehmen. Die Arbeitsplatzbeschreibungen sollen konkreter sein usw. Eine ganze Reihe von Maßnahmen wurden vorgeschlagen und der Kontrollausschuss wird auf die Umsetzung dieser Maßnahmen drängen.

Dieses Ereignis zeigte uns, dass Lenin zumindest in einem Punkt recht hatte, nämlich in seiner Behauptung „Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser“. Wir sahen, die Kontrollstelle leistete in den letzten Wochen eine ausgezeichnete Arbeit. Die Kontrollstelle ist auch weiterhin gefordert in diesen Bereichen vorrangig tätig zu sein. D.h. es wird weiterhin in der Kunsteisbahn geprüft, es werden die anderen Bediensteten, die an dieser Kassa arbeiteten, noch unter die Lupe genommen. In allgemeiner Übereinstimmung wird es auch gut sein, sich im Laufe des Jahres alle anderen Kassen im Bereich des Magistrates anzuschauen.

Was zeigte dieser Fall noch? Er zeigte, dass die Kontrollstelle auch tatsächlich personell nicht in der Lage ist diese ungeheure Fülle von Kontrollaufgaben in einem Maß wahrzunehmen, das solche Dinge zu verhindern imstande ist. Es gibt seit dem 1. März 2015 5,2 Personaleinheiten in der Kontrollstelle, d.h. es wurde bereits eine Personalaufstockung vorgenommen. Der Grund dafür ist aber jetzt nicht der, dass durch diesen Welldorado-Skandal besonders viel zu kontrollieren ist, sondern der Grund liegt in einem Beschluss des Gemeinderates vor längerer Zeit. Nämlich dass die Kontrollbefugnisse ausgeweitet werden auch auf die stadt eigenen Betriebe. Das ist gut und wichtig und da ist diese eine Personaleinheit sicherlich nicht zu viel, sondern absolut von Nöten.

Ich gehe davon aus - ich glaube sie werden mit mir darüber übereinstimmen - dass es durchaus gut und wünschenswert ist, wenn die Kontrollstelle in der Lage wäre regelmäßige Kontrollen in relativ kurzen Abständen bei allen Dienststellen des Magistrates sicherzustellen. Dafür ist die Personaldecke nach wie vor eindeutig zu dünn. Deshalb dieser Antrag, der darin besteht, dass die Kontrollstelle beim Magistrat der Stadt Wels um mindestens zwei weitere Personaleinheiten aufgestockt werden soll, damit in Zukunft eine kontinuierliche Begutachtung der verschiedenen Dienststellen tatsächlich möglich wird und nicht so große Zeitabstände zwischen den einzelnen Kontrollen vergehen, wie es halt leider aufgrund der derzeitigen Situation immer wieder der Fall ist. Ich bitte sie daher diesen Antrag zu unterstützen und der Kontrollstelle die personellen Ressourcen zuzugestehen, die sie braucht, um in Zukunft noch effizienter dafür zu sorgen, dass im Bereich des Magistrates alles mit rechten Dingen zugeht und die Vorschriften eingehalten werden.

Vzbgm. Dr. Rabl: Zuerst eine Richtigstellung: Das Zitat stammt nicht von Lenin. Lenin sagte „Vertraue – aber prüfe nach!“. Alles andere ist eine deutsche Redewendung. Wir wollen doch die Dinge richtig stellen.

Zweitens wurde gesagt, der Antrag der GRÜNEN kommt etwas verspätet, weil die Stadt Wels in diesem Zusammenhang bereits reagierte. Es wurde in die Kontrollstelle die Frau Vogl und Herr DDr. MMag. Wimmer dienstzugeteilt, d.h. die zwei benötigten

Personen sind schon dort. Um einen weiteren Bedarf in der Kontrollstelle abzuklären, wäre es aus meiner Sicht sinnvoll, dies im zuständigen Ausschuss zu diskutieren. Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion in den zuständigen Ausschuss zur weiteren Bearbeitung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Dr. Rabl auf Zuweisung gegenständlichen Initiativantrages (Anlage 5) an den Personalbeirat wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl

2.)

Neue Mittelschulen 2 und 3 Pernau,  
Wels, Handel-Mazzetti-Straße 5;  
Herstellung eines Fernwärmeanschlusses;  
Auftragsvergabe  
BauD-BauH-1002-2015

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss vom 24.02.2015:

1. Die Herstellung eines Fernwärmeanschlusses an die Neuen Mittelschulen 2 + 3, Wels, Handel-Mazzetti-Straße 5, wird zu den Bedingungen und Preisen des Angebotes vom 04.02.2015 um den Nettobetrag von € 56.215,00 zuzüglich 20 % Mehrwertsteuer, d.s. € 11.243,00, somit insgesamt € 67.458,00 an die Firma eww ag, Wels, Stelzhamerstraße 27, vergeben.
2. Die mittelbewirtschaftende Dienststelle wird ermächtigt, die vorangeführte Auftragssumme um 10 % für Unvorhergesehenes im Bedarfsfalle zu überschreiten.

Einstimmig angenommen.

3.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien zur Förderung von Badeinbauten erlassen werden (Badeinbauförderungsrichtlinien)  
SB-WBF-31-2015

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss vom 25.02.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegende Richtlinien zur Förderung von Badeinbauten (Badeinbauförderungsrichtlinie) beschließen.

GR. Mag. Humer: Du sprachst die Wohnungen der LAWOG in der Schießstätte an – ich darf dich korrigieren: Es wird bereits umgebaut, der erste Bauabschnitt wurde fertiggestellt, es gibt also keine derartigen Wohnungen mehr. Im Ausschuss hat sich die SPÖ-Fraktion der Stimme enthalten. Für uns ist dieser Amtsbericht charmant gesagt rudimentär. In diesem wird davon gesprochen für wieviel Wohnungen ein konkreter Bedarf bei den Wohnbauträgern besteht. Wenn darin enthalten ist, es wohnen nur in diesen Wohnungen alte Menschen, so ist das nicht richtig. Ich kenne beispielsweise zwei Personen in meinem Alter, die in einer solchen Wohnungen leben. Daher denke ich mir sollen wir im Hinblick auf die fehlende Bedeckung diesen Antrag im Ausschuss noch einmal vernünftig diskutieren. Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diese Richtlinien dem Bau- und Wohnungsausschuss zur weiteren Bearbeitung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Mag. Humer auf Zuweisung gegenständlichen Antrages an den zuständigen Bau- und Wohnungsausschuss wird mit

gegen 20 Ja-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
13 Nein-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
angenommen.

Vzbgm. Wimmer war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

4.)

Welser Tiergarten;  
Umbau des Wirtschaftsgebäudes;  
Grundsatzbeschluss  
SB-TG-32-2015

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss vom 24.02.2015:

Der Umbau des Wirtschaftsgebäudes im Tiergarten mit voraussichtlichen Netto-Kosten von € 88.000,00 zzgl. USt. (da vorsteuerabzugsberechtigt) – Kostengenaugigkeit +/- 20 % - wird grundsätzlich genehmigt.

Vzbgm. Lehner: Grundsätzlich ist dieser Antrag eine wunderbare Sache. Mir stellt sich nur eine Frage: Hier wird schon auf den Rechnungshof Bezug genommen. Ich selbst habe über das Ergebnis des Rechnungshofes noch keinerlei Informationen erhalten. Hier gibt es scheinbar eine Ungleichbehandlung. Ich bitte jedenfalls um dringende Information zum Rechnungshofbericht.

Bgm. Dr. Koits: Es wird im April d.J. beim Rechnungshof eine Endbesprechung geben. Selbstverständlich werden alle Abteilungen eingeladen werden, entsprechend dazu Stellung zu nehmen. Dass da und dort in den Abteilungen selbst mit dem Referenten etwas besprochen wird, dürfte der Fall gewesen sein. Das nehme ich an.

Vzbgm. Dr. Rabl: Danke Herr Bürgermeister für das Schlusswort. Ich gehe davon aus, dass dies so ist. Mit dem Rechnungshof führten wir ein Referatengespräch. Dabei ist dieses Thema angesprochen worden. In der Folge haben wir sofort Maßnahmen ergriffen, um diesen Missstand abzustellen, weil wir der Meinung sind, dass dieser Missstand tatsächlich besteht. Das wurde im Rahmen des Referatengesprächs erörtert. Eine schriftliche Stellungnahme des Rechnungshofes gibt es dazu aber nicht.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Peter Lehner

5.)

Erdverkabelung der 30 kV-Hochspannungsleitung im  
Gewerbegebiet Oberthan; Subvention;  
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung  
BauD-662-2014

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss vom 23.02.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Förderungsvereinbarung samt Zusatzvereinbarung beschließen.

Die vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., in Verbindung mit § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

6.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die  
Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 189)  
und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 147)  
BZ-BauR-5021-2013

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 23.02.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 189) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 147) beschließen.

Einstimmig angenommen.

7.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die  
Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 191)  
und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 149)  
BZ-BauR-5003-2014

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 23.02.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 191) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 149) beschließen.

Einstimmig angenommen.

8.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die  
Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 200)  
und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 151)  
BZ-BauR-5011-2014

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 23.02.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 200) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 151) beschließen.

Einstimmig angenommen.

9.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 209/1.11 (Stadtteil: Lichtenegg)  
BZ-BauR-6009-2014

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 23.02.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 209/1.11 (Stadtteil: Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 109/1.7 (Stadtteil: Innenstadt)  
BZ-BauR-5016-2014

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 23.02.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 109/1.7 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

11.)

Lokalbahnbrücke über die Traun; Sanierung  
des Korrosionsschutzes durch die ÖBB;  
Kostenanteil der Stadt Wels;  
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung  
BauD-BauB-11020-2015

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss vom 23.02.2015:

Der Kostenanteil der Stadt Wels an den Korrosionsschutzarbeiten Lokalbahnbrücke über die Traun sowie den erforderlichen Sanierungsarbeiten in Höhe von € 154.836,00 inkl. MwSt. wird genehmigt.

Die vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., in Verbindung mit § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

GR. Reindl-Schwaighofer: Diese Eisenbahnbrücke stellt ein wichtiges Verbindungsglied zwischen zwei Ufern dar. Gegenständlicher Antrag wird von der SPÖ-Fraktion natürlich mitgetragen. Dazu möchte ich aber anmerken, dass es angebracht wäre, diesen Vertrag aus dem Jahre 1928 auf neue Beine zu stellen und auch die Marktgemeinde Thalheim in diesen Vertrag einzubinden. Derzeit ist dieser Vertrag so gestaltet, dass nur die Stadt Wels mit den ÖBB eine Sanierung finanzieren muss und es wäre angebracht, wenn du hier noch bis zum Sommer in Verhandlungen treten würdest.

Vzbgm. Lehner: Ich möchte die Wortmeldung von GR. Reindl-Schwaighofer aufgreifen und anmerken, dass ich vorab schon Gespräche mit dem Thalheimer Bürgermeister, Andreas Stockinger, führte. Es gibt hier durchaus eine Bereitschaft Thalheims dazu einen Beitrag zu leisten. Dabei ist mir besonders auch das Thema Beleuchtung der Eisenbahnbrücke wichtig. In Wels inszenierten wir den Ledererturm, sprich nächtliche Beleuchtung, ebenso ist die hauptsächlich befahrene Traunbrücke beleuchtet. Deswegen sollte auch die Eisenbahnbrücke in der Nacht entsprechend beleuchtet werden, um einerseits ein Sicherheitsgefühl zu geben für die WelserInnen und ThalheimerInnen, die diese benützen. Andererseits ist es städtebaulich ein interessanter Aspekt, wenn eine Brücke entsprechend beleuchtet ist. Mir wäre dies ganz besonders wichtig.

StR. Kroiß: Gespräche mit Bürgermeister Stockinger gab es auch bereits meinerseits. Dass die Hälfte der Kosten seitens der Gemeinde Thalheim übernommen werden, ist unwahrscheinlich. Bezüglich des Vertrages gab es ebenfalls Gespräche. Ob wir rechtlich aus dem Vertrag heraus kommen, weiß ich nicht. Das müssen Juristen prüfen. Tatsache ist, dieser Vertrag aus dem Jahre 1928 ist immer noch gültig. Ich ersuche um Abstimmung.

Einstimmig angenommen.

12.)

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels;  
Tätigkeitsbericht 2014  
SB-FW-09-2015

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss vom 23.02.2015:

Der beiliegende Jahresbericht 2014 über die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird zustimmend zur Kenntnis genommen.  
Der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird für ihre Leistungen im Jahre 2014 Dank und Anerkennung ausgesprochen.



GR. Wartinger: Auch seitens der ÖVP-Fraktion herzlichen Dank an die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels, im besonderen Herrn Kommandant Branddirektor Ing. Franz Humer, der ja heute anwesend ist. Es waren fast 2.000 Einsätze notwendig. Ebenso möchte ich die hervorragende Jugendarbeit ansprechen. Einen Dank den Welser Unternehmen, die es ermöglichen, dass ihre Arbeitnehmer diese freiwillige Einsätze auch durchführen können.

GR. Mag. Humer: Lieber Kollege Branddirektor Ing. Humer, auch seitens der SPÖ-Fraktion ein herzliches Dankeschön. Eine Anerkennung eurer wirklich sehr tollen Leistung. Ganz wesentlich ist mir die psychologische Komponente, welche die Feuerwehrkameraden und –kameradinnen leisten. Diese kommen in Ausnahmesituationen bei Bränden, bei Unfällen, bei technischen Hilfeleistungen. Sie haben mit teilweise traumatisierten Menschen zu tun. Das psychologische Einfühlungsvermögen diese Menschen zu beruhigen, bedarf sehr viel Fingerspitzengefühl. Das Eine ist das technische Handwerkszeug, wie lösche ich einen Brand, wie öffne ich ein Fahrzeug, das Zweite betrifft beispielsweise einen Verkehrsunfall. In den Autos sind Menschen eingeklemmt, hier gilt es rasch und zielorientiert zu handeln. Die Feuerwehrkameradinnen und –kameraden sind hier einem hohen Druck ausgesetzt. Auch dafür gilt es Danke zu sagen.

2011 feierten wir das Jahr des Ehrenamtes. Es ist jeder Tag Tag des Ehrenamtes – ihr leistet ganz tolle Arbeit. Ihr seid 24 Stunden, 7 Tage in der Woche für ein sicheres Wels bereit – dafür mein aufrichtiges Dankeschön der SPÖ-Fraktion des Gemeinderates. Glück auf!

StR. Kroiß: Ich kann nur die positiven Worte aller Fraktionen unterstreichen und mich nochmals dafür bedanken.

Bgm. Dr. Koits: Auch von meiner Seite herzlichen Dank, Anerkennung und Wertschätzung gegenüber unseren Feuerwehren.

Einstimmig angenommen.

13.)

Betriebsfeuerwehr Fritsch, Wels, Maria-Theresia-Straße 41;  
Tätigkeitsbericht 2014  
SB-FW-10-2015

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss vom 23.02.2015:

Der beiliegende Jahresbericht 2014 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird zustimmend zur Kenntnis genommen.  
Der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird für ihre Leistungen im Jahre 2014 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

14.)

Betriebsfeuerwehr Energie AG, Wels, Mitterhoferstraße 100;  
Tätigkeitsbericht 2014  
SB-FW-11-2014

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss vom 23.02.2015:

Der beiliegende Jahresbericht 2014 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Energie AG wird zustimmend zur Kenntnis genommen.  
Der Betriebsfeuerwehr Energie AG wird für ihre Leistungen im Jahre 2014 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Beschluss der Statuten des Wirtschaftsparks Voralpenland  
DI-Verf-067-2015

Vzbgm. Lehner: Nach dem Grundsatzbeschluss im Dezember kommen wir heute zur Diskussion bezüglich der Satzungen des Wirtschaftsparks Voralpenland. Es wurde die Zeit intensiv genützt, um einige Unklarheiten auf Beamtenebene zu regeln. Im Vorfeld der Grundsatzbeschlussfassung gab es bereits eine Übereinstimmung innerhalb der Fraktionen. Es gelang die anderen „Kleinigkeiten“, die bei der Umwidmung oder Durchführung eines Wirtschaftsparks, der als Gemeindeverband geführt wird, gut auf Schiene zu bringen. Ausdrücklich bedanken möchte ich mich bei der IKD des Landes und bei den Mitarbeitern des Hauses, die in der Zwischenzeit noch die formellen Dinge regelten. Mit dem Einsatz von Landesrat Dr. Michael Strugl und LHStv. Franz Hiesl ist es auf politischer Ebene gelungen, entsprechende Unterstützer für dieses Vorhaben zu finden. Auch alle Stadtsenatsfraktionen brachten sich hier sehr intensiv ein, um Vorteile für die Stadt Wels zu ermöglichen. In Zukunft müssen wir in der Region mehr Arbeitsplätze anbieten, denn wir haben eine gesteigerte Arbeitslosigkeit. Unser oberstes Ziel muss es sein diese Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dazu braucht es Unternehmer, dazu braucht es Firmen, die wir in der Region ansiedeln. Für die Mitarbeiter ist es nicht so entscheidend, ob sich ein Betrieb in den Gemeindegrenzen von Wels oder in Gunskirchen befindet. Für uns ist es natürlich wichtig, da wir unsere Einnahmen auch auf Basis der Kommunalsteuer erhalten.

Ich denke, wir haben in vielen vernünftigen Sitzungen eine Art und Weise gefunden, wie wir die Kommunalsteuer aufteilen, wie wir die Stimmrechte der Stadt Wels so gewährleisten, damit wir ein intensives Mitspracherecht haben. Und wie es gelingt, die Region Wels inklusive der Stadt weitervoranzubringen, hier intensiv Betriebe anzusiedeln und den Mitarbeitern eine gute Erwerbsmöglichkeit zu geben.

GR. Reindl-Schwaighofer: Mit der heutigen Beschlussvorlage ist es wichtig, dass wir uns gemeinsam überlegen, was das für die Region Wels bedeutet. Für mich bedeutet dieser ökonomisch nicht rechenbare Beschluss für die Stadt Wels eine politische Stärkung für die Stadt Wels. Wir wissen, als Stadt Wels bringen wir dazu sehr viel ein und das Ultimatum des Sprechers der Wels-Land-Gemeinden war suboptimal, denn bei Betrachtung der teilnehmenden Gemeinden sehen wir, dass einige interessante Gemeinden nicht bereit sind daran teilzunehmen. Diese Gemeinden zu einem Beitritt zu bewegen an diesem wirklich wichtigen regionsstärkenden Projekt teilzunehmen, wäre die Leistung der Parteifreunde, Landesrat Hiesl und Landesrat Dr. Strugl, gewesen.

Es ging nicht nur darum, dass wir selbstredend als Vertreter der Stadt Wels die Interessen der Stadt Wels auch in einer Verbandsgründung vertreten, sondern, zur Stärkung der Region Wels-Land wäre es auch gut gewesen, die eine oder andere Gemeinde mit gutem Autobahnanschluss, mit ausreichenden Reserven hätte daran teilgenommen. Dazu hätte ich mir Initiativen vom neuen Sprecher erwartet. Wenn wir die Stadt Wels als Stadt der Arbeit sehen, geht es um die Stärkung dieser Situation. Wir kennen alle die derzeitige Situation am Arbeitsmarkt. Deshalb ist es besonders wichtig im Bereich der Betriebsansiedelungen Initiativen zu setzen.

Ich bin überzeugt, mit diesem Zusammenschluss, mit dieser gemeinsamen Initiative, die selbstredend natürlich auch von den beiden Landesräten initiiert wurde, werden wir eine Stärkung des Zentralraumes Oberösterreich schaffen. Der Zentralraum Oberösterreich, Linz - Wels, entlang der Westautobahn, entlang der Westbahn, ist der prosperierendste Wirtschaftsraum Oberösterreichs. Das ist ganz sicher ein wichtiger Beitrag.

Vzbgm. Dr. Rabl: Bei Betrachtung der fast fünf Jahre alten Entstehungsgeschichte des Wirtschaftsparks merkt man, dass es der Stadt Wels und der FPÖ-Fraktion nicht leichtgefallen ist, diese Entscheidung für die Stadt Wels zu treffen. Die Vereinbarung, die auch wesentlich von uns mitverhandelt wurde, hat einen wirtschaftlichen Aspekt und den Aspekt der Verwaltung. Wie teilen wir künftige Kommunalsteueraufkommen zwischen den Gemeinden auf? Wer bestimmt in diesem Verband, was und was nicht passiert? Im Bereich der Organisation und der Verwaltung war es für uns noch einfacher, weil hier doppelte Mehrheiten geschaffen werden, wodurch gewährleistet ist, dass die Stadt Wels nicht überstimmt wird. Gleichzeitig können die Landgemeinden aber sicher sein, die Stadt Wels als große Übermacht überrollt sie nicht einfach. Ich glaube, hier konnte eine ausgewogene Regelung gefunden werden.

Im Bereich des Kommunalsteueraufkommens bin ich nicht davon überzeugt, dass tatsächlich die Stadt Wels kurz- oder mittelfristig davon profitieren wird. Wir müssen mehr Arbeitsplätze schaffen – Wels-Land drei Mal so viel als Wels-Stadt -, damit es für uns ein Geschäft wird. Herr Finanzdirektor stellte die benötigten einzelnen Leistungen von Wels und der Landgemeinden grafisch gegenüber. Wenn bedacht wird, dass Wels annähernd so viel Fläche einbringt wie die Landgemeinden, dann sehe ich nicht, warum am Land drei Mal so viele Arbeitsplätze entstehen sollen wie in der Stadt. Das war und ist bis jetzt für mich nicht nachvollziehbar.

Trotzdem muss man sich zu größeren Wirtschaftsräumen, zu größeren zusammenhängenden Wirtschafts- und Betriebsbaugebieten bekennen. Für größere Entwicklungen brauchen wir das Land OÖ, denn ohne Zusammenarbeit mit dem Land OÖ wird es in sehr vielen Bereichen für uns immer schwieriger Gebiete zu entwickeln und Betriebsbaugebiete in der Folge zu schaffen. Das beginnt beim Hochwasserschutz

und endet bei der Straßenerrichtung. Deswegen muss es hier ein Entgegenkommen auf Augenhöhe geben. Dieser Wirtschaftsverband ist sicher eine Möglichkeit, diese Augenhöhe zu wahren.

Obwohl ich meine, dass die Stadt Wels mittel- und kurzfristig sicher nicht von diesem Wirtschaftspark profitiert, entschlossen wir uns jetzt Gespräche mit dem Land aufzunehmen, um zu verstehen, welche Möglichkeiten das Land hat uns zu unterstützen. Da bot sich die ursprüngliche Zusage von LHStv. Hiesl an, der sagte: Bei den Aufschließungsstraßen kann er sich für die Stadt Wels einen Kostenbeitrag vorstellen. Danach geschah hier sehr lange nichts bzw. fehlte der nötige Anschub. Nach dem Gespräch vorigen Dienstag mit Landesrat Dr. Strugl ging es sehr schnell. Heute führten wir ein Gespräch mit LHStv. Hiesl. Von ihm wurden 2 Mio. Euro zugesagt, davon 1 Mio. Euro für die Stadt Wels und 1 Mio. Euro für die Stadt Wels und Gunskirchen, damit eine Landstraße endsaniert werden kann. Hier soll es zu einer Aufteilung kommen, wobei es vom Verband selbst noch verschiedene Fördermöglichkeiten (Anschubfinanzierung) gibt und die WirtschaftsförderungsgmbH ebenfalls einen Beitrag leistet.

Ich denke, es muss das Gesamtpaket betrachtet werden. Es waren unmittelbar keine Vorteile für die Stadt Wels ersichtlich und die Argumente sind nicht zielführend, um zu sagen ja, wir können mit gutem Gewissen diesem Wirtschaftspark zustimmen. Darum zögerte die FPÖ-Fraktion sehr lange und verhielt sich abwartend. Jetzt kennen wir dieses Gesamtpaket tatsächlich und geben dazu unsere Zustimmung. Mit diesem Paket können wir leben.

GR. LAbg. Dr. Csar: Eine endlose Geschichte geht zu Ende. Fünf Jahre Diskussion waren notwendig, um alle Fraktionen im Gemeinderat davon zu überzeugen dem Wirtschaftspark zuzustimmen. Der Wirtschaftspark ist für die Stadt Wels, für die ArbeitnehmerInnen und die Bevölkerung in Wels wichtig, insbesondere weil es dadurch möglich wird Arbeitsplätze zu schaffen.

Ich bin froh über diesen heutigen einstimmigen Beschluss und dass unser Wirtschaftsreferent, Peter Lehner, beharrlich und mit Nachdruck hinter diesem Wirtschaftspark steht. Bis heute Vormittag wurde verhandelt und bis zuletzt bemühte sich Vzbgm. Peter Lehner darum, entsprechende Förderungen vom Land OÖ zu erhalten. Das war möglich und dafür gebührt dir auch unser aller Dank.

Über die Aussage von Dr. Rabl, durch den Wirtschaftspark für die Stadt Wels keinen Vorteil zu erreichen, bin ich erstaunt; ich kann mir nicht vorstellen, dass das richtig ist. Ganz im Gegenteil können wir WelserInnen davon profitieren. Ich freue mich aber darüber, dass sich die Welser FPÖ-Fraktion über die Einrichtung dieses Wirtschaftsparks überzeugen ließ. Ich hoffe auf die baldige Realisierung und wünsche dir, lieber Peter, alles Gute bei der Umsetzung. Mit dir werden wir sicher den richtigen Kurswechsel machen.

Vzbgm. Wimmer: Ich bin 100-prozentig der Meinung, dass mit diesem heutigen Beschluss die Stadt Wels auf gutem Kurs bleibt. Herr Dr. Csar: Wäre es ein Kurswechsel, würden wir das ablehnen. Wir überlegten uns, ebenso wie die FPÖ-Fraktion, dieses Thema reiflich. Der Finanzdirektor - ein bekannt scharfer Rechner - verwies uns bis zuletzt auf jene Rechenmodelle, die zeigen, dass eine mittelfristige Vorteilsgebung für die Stadt Wels nicht da sein wird. Das kann aber nicht der

ausschlaggebende Punkt alleine sein. Wenn ich eine zukunftsorientierte Entscheidung treffe, gibt es auch andere Kriterien, die mit zu überlegen sind. Für mich ist das entscheidende Kriterium, dass die Zusammenarbeit mit dem Bezirk, auch wenn sie uns oft nicht sehr leicht gemacht wird, intensiviert wird.

Der Wirtschaftspark kann hier vielleicht der Beginn einer weitergehenden Zusammenarbeit mit den Gemeinden des Bezirkes sein. Es gibt schon vereinzelt Beispiele, wo Gemeinden untereinander Verwaltungsgemeinschaften abschließen. Ich glaube, es gibt hier noch eine Fülle von Möglichkeiten auf Verbandsebene die Zusammenarbeit zu intensivieren und zu vertiefen. Das liegt dann erst richtig im Interesse der Bevölkerung der Stadt Wels. Nicht nur im Interesse der Bevölkerung der Stadt Wels, sondern auch der Bevölkerung in allen Gemeinden des Bezirkes, wenn sie Synergien aus Effekten der Zusammenarbeit erzielen.

Die Kommunalsteuer ist für die Stadt eine wichtige Frage, denn sie stellt neben den Bundesertragsanteilen die zweitwichtigste Einnahmenposition in unserem Budget. Deshalb diskutierten wir Fragen zur Kommunalsteuer sehr lang und intensiv. Ein Vorteil für alle wäre rascher erzielbar, wenn wichtige Gemeinden des Bezirkes hier dabei wären. Das wäre wünschenswert gewesen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass es nicht möglich war alle Gemeinden in diesen Wirtschaftspark zu vereinen. Ich glaube aber, dass das vorliegende Modell - auch die Konstellation der jetzigen Satzungen mit den eingearbeiteten Änderungen - eine entsprechende Mitsprache der Stadt Wels auf Augenhöhe mit allen Gemeinden des Bezirkes sicherstellt. Damit werden die Interessen der Stadt Wels in ausreichendem Umfang gewahrt werden.

Es ist mit dem Beschluss noch nicht getan. Wir müssen intensiv weiterarbeiten und schauen, dass der Verband sozusagen in „die Gänge kommt“, dass entsprechendes Marketing betrieben wird, dass die Akquisition von großen Betrieben – wie auch vom Land OÖ ins Auge gefasst – zum Greifen kommt.

Erst dann wird dieses Projekt für alle ein Erfolg sein. Aber wie gesagt, für mich steht jetzt nicht unmittelbar im Mittelpunkt das Zählen der in die Stadtkasse fließenden Euro, sondern hier in Konsens mit den Bezirksgemeinden an einem zukunftssträchtigen Projekt weiterzuarbeiten.

GR. DI. Leitinger: Der Wirtschaftspark ist auch uns GRÜNEN ganz wichtig. Ich möchte das betonen und hervorstreichen, wir waren von Anfang an für dieses Projekt. Aus meinem beruflichen Kontext weiß ich, dass derzeit zehn Projekte mit dem Thema interkommunale Raumentwicklung im Laufen sind, wie beispielsweise das Projekt „Powerregion Enns-Steyr.“ Das bedeutet für uns, es müssen sich viele Regionen und Gemeinden derzeit strategisch positionieren, um im Wettbewerb geeignete Flächen für Betriebsbaugebiete anbieten zu können. Damit meine ich wirklich gute Flächen mit guter Anbindung an den Verkehr, auch an den öffentlichen Verkehr. Der eindeutige Vorteil ist gegeben, wenn das nicht nur auf eine Gemeinde bezogen betrachtet wird, sondern versucht wird das im interkommunalen Verband zu machen.

Deshalb bin ich froh nach langjähriger Diskussion diesen Beschluss zu machen und der Wirtschaftspark gestartet werden kann, denn ich fürchte sonst geht es mit der dynamischen Region etwas bergab, wenn wir auf diesen richtigen und wichtigen Zug nicht aufspringen. Raumordnung endet nicht an der Gemeindegrenze, auch wenn das Gemeinden oft schwer einsehen können und es oft ganz anders sehen. Gerade in

Zeiten des immer größer werdenden Wettbewerbes ist es wichtig sich in einem größeren Verband zu positionieren und in diesem Verband können die besseren und langfristigeren Angebote getätigt werden.

Vzbgm. Lehner: Herzlichen Dank für die Wortmeldungen und das intensive Mitverhandeln in diesem langjährigen Prozess. Eine Fristsetzung war nötig, da die Legislaturperiode heuer endet. Um den Wirtschaftspark noch errichten zu können war die heutige Beschlussfassung nötig, wozu sehr viele kurzfristige Termine - auch mit den zuständigen Landesräten – nötig waren, um noch Vorteile für die Stadt Wels zu generieren.

Ich bin fest überzeugt, dass wir als Stadt Wels sehr intensiv vom Wirtschaftspark profitieren werden. Vor allem die Welserinnen und Welser, ob sie eine Beschäftigung in der Region finden, ob sie idealerweise eine Beschäftigung in der Stadt Wels bekommen. Das ist für uns der maßgebliche Bereich für eine Entscheidung.

Feststellen möchte ich, dass es bei dieser Beschlussfassung nicht um einen Kurs geht. Es geht nicht darum, den bestehenden Kurs bei zu halten oder den Kurs zu wechseln, sondern es geht darum, mit den Wels-Land-Gemeinden eine Flotte zu bilden, um dynamisch im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Wenn es uns gelingt die Nachbargemeinden noch zu motivieren, die derzeit nicht mitmachen, dann bin ich sehr froh. Mit Paul Mayr stehen wir ja in sehr gutem Kontakt. Vielleicht lässt er sich als Erster dazu überreden hier mitzumachen, um ein Zeichen für die Region zu setzen. Ganz egal aus welcher Partei ein Bürgermeister kommt – wir haben aus allen Bereichen welche die mitmachen und welche, die nicht mitmachen. Vielleicht gelingt es uns die Bürgermeister unserer Fraktion zu motivieren zukünftig auch diesem Wirtschaftspark Voralpenpark beizutreten.

Der Abänderungsantrag (Anlage 2) wird

einstimmig angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag inklusive Sideletter (Anlage 1) wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Ich denke, das war ein guter Beschluss, denn den Regionen gehört die Zukunft und stimme dem Kollegen Wimmer zu: Jetzt beginnt die Knochenarbeit!

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Erhöhung des Heizkostenzuschusses  
DI-Verf-070-2015

Vzbgm. Dr. Rabl: Der gegenständliche Dringlichkeitsantrag beschäftigt sich mit einer durchaus bedenklichen Entwicklung, denn wir wissen, die Wohnungskosten sind im Verhältnis zu den Einkommen explodiert. Es betrifft vor allem jene, die in Mietwohnungen leben. Hauptverantwortlich dafür sind nicht die Indexsteigerungen bei

der Miete, sondern die Betriebskosten, die von den tatsächlichen Kosten abhängen. Diese Betriebskosten sind im Verhältnis zu den Einkommen sehr, sehr stark gestiegen.

Die Stadt Wels ist für die Betriebskosten nur zu einem sehr kleinen Teil verantwortlich, nämlich im Bereich des Mülls und der Grundsteuer, wobei die Grundsteuer ohnehin ein festgesetzter Betrag ist. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang, dass sehr einhellig vor mehreren Jahren ein Indexsteigerungsautomatismus beschlossen wurde und dadurch jedes Jahr die Gebühren im Verhältnis zum Index angehoben werden. Das wurde in den letzten Jahren – bis auf das Jahr 2014, in dem es Gegenstimmen gab – so gemacht.

Wir machten uns Gedanken, wen und in welcher Höhe das die Familien trifft? Eine durchschnittliche Familie mit zwei Kindern wird jährlich mit 10 Euro belastet und zwar im Zusammenhang mit der Indexerhöhung für Wasser (ca. 3,44 Euro), Kanal (4,76 Euro) und Müll (ca. 1 Euro). Diese Mehrkosten wollen wir bei all jenen, die es benötigen, mit diesem Betrag abfedern. Um hier keinen zusätzlichen bürokratischen Aufwand zu betreiben, möchten wir das mit der Auszahlung des Heizkostenzuschusses koppeln. Wesentlich bei diesem adäquaten Antrag ist, es handelt sich dabei um einen Gebührenabfederungsbeitrag, weil der Heizkostenzuschuss vom Land ausbezahlt wird. Würden wir den Heizkostenzuschuss erhöhen, würde infolge das Land die entsprechende Förderung reduzieren. Danke an Klaus Hoflehner, dass er uns auf das aufmerksam machte.

Wir denken, der Kreis der Anspruchsberechtigten ist mit jenen, die die bedarfsorientierte Mindestsicherung beziehen adäquat, weil es hier tatsächlich um jene Menschen geht, die nicht über das notwendige Einkommen verfügen, um derartige Indexerhöhungen problemlos zu schlucken. Wir meinen es handelt sich dabei um einen ausgewogenen Antrag, gerade wenn ich mir vorstelle, was generelle Indexerhöhungen bzw. das Einstellen dieser Indexerhöhungen bedeuten. Es sollen nur jene davon profitieren, die es auch wirklich brauchen.

GR. Markus Wiesinger: Lieber Andreas Rabl, du sagtest es bereits, dass seitens der Stadt die Gebühren immer wieder erhöht wurden. Gerade die Müllgebühr ist eine Gebühr, deren Höhe die Stadt selbst in der Hand hat. Aus diesem Grund stimmte die ÖVP-Fraktion im Dezember 2014 im Gemeinderat gegen diese Indexanpassung. GR. Hoflehner wies bei diesem Antrag darauf hin, dass der Antrag wegen des Heizkostenzuschusses rechtlich bedenklich sein könnte.

Ich glaube, dieser so formulierte Antrag kann samt Abänderungsantrag nicht beschlossen werden, denn es heißt: Die Stadt Wels wird beauftragt, den Gebührenabfederungsbeitrag im Jahr 2015 um 10 Euro zu erhöhen. Im Abänderungsantrag wird der Terminus Heizkostenzuschuss durch Gebührenabfederungsbeitrag ersetzt. Ich kenne keinen Gebührenabfederungsbeitrag seitens der Stadt Wels und wenn es keinen gibt, kann ich ihn auch nicht erhöhen!

Deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung diesen Dringlichkeitsantrag dem zuständigen Ausschuss zur Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Markus Wiesinger auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 3) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird mit

gegen 10 Ja-Stimmen (ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
24 Nein-Stimmen (SPÖ- und FPÖ-Fraktion)

abgelehnt.

GR. DI. Leitinger: Grundsätzlich möchten wir diesem Antrag zustimmen, sofern es gelingt diese formalen Unklarheiten zu klären. Daher dachten wir, eine Zuweisung an den Ausschuss wäre von Vorteil. Mir fiel bei diesem Antrag auf, dass es sich dabei um eine Augenauswischerei und eine Wahljahrdiskussion handelt. Es geht um 10 Euro pro Jahr. Sicher gibt es Familien, die um diese 10 Euro froh sind. Die Stadt und die Parteien hätten andere Möglichkeiten diese Familien zu unterstützen. Ich verweise auf den von mir schon oft eingebrachten Rechnungshofbericht zur Heimstätte. Alle anderen Parteien sind in der Heimstätte vertreten. Dem Rechnungshofbericht ist zu entnehmen, dass die Heimstätte sehr hohe Kosten für die Betreuung der Wohnungen verrechnet, also dass die Betriebskosten ungewöhnlich hoch sind und für die Ausschreibung kommen immer die gleichen Architekten zum Zug usw.

Es sind hier Möglichkeiten vorhanden, um das strapazierte Thema „leistbares Wohnen“ wirklich voranzutreiben. Wir brauchen günstige Wohnungen, wir brauchen leistbares Wohnen. Ich frage mich, warum wir einen nicht einmal richtigen Antrag mit 10 Euro brauchen, wenn es uns auf anderen Schienen gelingen kann, Menschen wirklich beim Thema Mietkosten zu entlasten.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir uns als Magistrat überlegen sollten – gerade jetzt im Zusammenhang mit der Überarbeitung des neuen ÖEK - ob wir uns nicht Flächen sichern sollten über Raumordnungsverträge zum Thema leistbares Wohnen, wo wir sicherstellen wollen, dass dort leistbarer und attraktiver Wohnbau stattfindet, um eine Durchmischung sicherzustellen. Wir wollen nämlich nicht, dass Menschen unter dem Titel „günstiges Wohnen“ abgeschoben werden und sich dort kleine Ghettos bilden. Hier wären für mich wichtige anzusetzende Punkte, bei denen wir die BürgerInnen beim Thema Wohnen und Wohnungskosten wirklich entlasten könnten, und zwar wesentlich mehr entlasten als mit 10 Euro pro Jahr.

Vzbgm. Wimmer: Ich möchte hier keine semantische Diskussion führen, ob es sich dabei um die Erhöhung eines Zuschusses oder um einen Gebührenabfederungsbeitrag handelt. Es geht nicht um das Thema „leistbares Wohnen“, denn mit diesen 10 Euro werden wir dieses Thema nicht lösen. Zum leistbaren Wohnen fassten wir im Gemeinderat schon einige interessante Beschlüsse, wie die thermische Gebäudesanierung, die durch die Senkung der Heizkosten das Wohnen tatsächlich leistbarer macht. Bei den bereits sanierten Gebäuden stellte sich das als wichtig und richtig heraus.

Mir geht es darum, bei den ca. 2.000 betroffenen Personen, die wirklich zu den sozial schwächsten Personen in unserer Stadt gehören, eine Indexanpassung aufzufangen. In den Bereichen Müll, Wasser und Kanal soll ein Ausgleich gefunden werden mit der sozialen Einschränkung, dass jene, die es tatsächlich benötigen durch diese Indexanpassung nicht zusätzlich belastet werden. Es stellt keine großartige Leistung



der Stadt Wels dar, denn mit den BMS-BezieherInnen ergibt sich eine Summe von ca. 23.000 Euro. Es soll ein Zeichen gesetzt werden, damit wir wissen, es gibt diese Problemlagen in unserer Stadt. Wir beschließen zumindest aus dem sozialen Gedanken heraus einen Ausgleich für diese eine Indexanpassung.

Es geht hier nicht um die Bezeichnung dieses Ausgleiches, denn der Heizkostenzuschuss ist nur das Vehikel, welches wir nützen, um diese 10 Euro möglichst ohne bürokratischen Aufwand auszahlen zu können. Wenn wir hier ein neues Fördersystem mit Antrag, Einkommensnachweisen, Prüfungen und Kontrollen einführen, würde ich das auch ablehnen. Hier haben wir keinen Verwaltungsaufwand - die Adressen und Kontonummern sind bekannt – es werden einfach 10 Euro mehr ausbezahlt. Mir persönlich ist es wichtig, dieses Zeichen für die sozial Schwächeren in unserer Stadt zu setzen.

Vzbgm. Dr. Rabl: Liebe Renate, danke für die Erwähnung des sozialen Wohnens und der Sicherung von Flächen. Ich verlangte extra die Aufnahme im Motivenbericht des neuen ÖEK und es wurde sogar eine eigene Bezeichnung dafür eingeführt. Auch ich bin der Meinung, es sollten Flächen für den sozialen Wohnbau gesichert werden, weil gerade die Grundkosten ein wesentlicher Faktor sind für nachhaltiges und leistbares Wohnen. Ich hoffe, es wird in Zukunft bei entsprechenden Widmungen eingesetzt.

Zu den Einwendungen von Markus Wiesinger muss ich sagen, dass ich mir deine Sorgen nicht mache, weil selbst bei Zugrundelegung deiner Argumentation, müsste gesagt werden, eine Erhöhung von 0 Euro um 10 Euro sind immer noch 10 Euro. Ich glaube, wir können mit diesem Antrag sehr gut zurechtkommen, sehr gut administrieren und deshalb ist dieser Antrag auch beschlussreif. Darum wurde der entsprechende Geschäftsordnungsantrag abgelehnt und ich ersuche um Zustimmung.

Der Abänderungsantrag (Anlage 4) wird

27 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE Fraktion)  
gegen 7 Stimmenthaltungen (ÖVP-Fraktion)

angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) wird

27 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE Fraktion)  
gegen 7 Stimmenthaltungen (ÖVP-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Eine Bürgerfragestunde gibt es heute keine. Bedenken gegen die Verhandlungsschrift hat es nicht gegeben, damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt und ich schließe mit Dank für die Mitarbeit diese Sitzung.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: